



öffentlich

**Betreff:**

Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 15.05.2013

Eingang 902: 15.05.2013

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.06.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Hauptausschuss monatlich über den Stand der Gespräche zum Umgang mit den nicht verausgabten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 800 T €) zu informieren.

Die Entscheidung über den Umgang mit diesen nicht verausgabten Mitteln trifft die Stadtverordnetenversammlung.

gez. Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

---

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Im Jahr 2012 sind etwa 800 T € aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht verausgabt worden. Nach Auffassung des Oberbürgermeisters müssen diese Mittel vor dem Hintergrund einer möglichen Rückgabeforderung des Bundes vorgehalten werden.

Nach Aussage des brandenburgischen Sozialministers sowie nach offiziellen Aussagen der Bundesregierung ist mit einer solchen Rückforderung jedoch nicht zu rechnen. Im wahrscheinlichen Fall, dass die Mittel nicht zurück gegeben werden müssen, trifft die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel.